



CH-3003 Bern, EDA, IC

A-Post

Stadt Zürich
Gemeinderat
Parlamentsdienste
Stadthausquai 17
8022 Zürich

Bern, 6. März 2023

Resolution des Gemeinderats Zürich

Sehr geehrte Damen Gemeinderätinnen der Stadt Zürich
Sehr geehrte Herren Gemeinderäte der Stadt Zürich

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 11. Januar 2023, in welchem Sie den Bundesrat über die Resolution des Gemeinderates der Stadt Zürich über die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen im Iran informieren.

Der Bundesrat teilt die Besorgnis des Gemeinderates über die Situation im Iran. In der Beschlussfassung des Gemeinderates kritisieren Sie die Antwort des Bundesrates auf diese Entwicklungen als ungenügend. Tatsächlich hat die Schweiz alle Hinrichtungen und Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit den Protesten entschieden und öffentlich verurteilt. Zusätzlich hat das EDA den iranischen Geschäftsträger in Bern am 13. Dezember 2022 und am 10. Januar 2023 einbestellt. Ebenso hat die Schweizer Botschafterin in Teheran am 13. Dezember 2022 und am 23. Januar 2023 beim iranischen Aussenministerium interveniert. Am 23. Dezember 2022 habe ich mich persönlich an den iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi gewandt und an die Einhaltung der Menschenrechte appelliert. Dies war die zweite Intervention auf höchster Ebene, nachdem ich bereits im September in New York mit Präsident Raisi gesprochen habe. Bei all diesen Kontakten hat die Schweiz den Iran immer dazu aufgefordert, die Hinrichtungen sofort zu stoppen und ein faires Verfahren für die Verhafteten zu gewährleisten.

Auch auf multilateraler Ebene hat sich die Schweiz für die Förderung der Menschenrechte im Iran eingesetzt. Am 26. September 2022 forderte die Schweiz im Rahmen der Session des UNO-Menschenrechtsrats eine schnelle, unparteiische und unabhängige Untersuchung des Falls von Mahsa Amini und unterstützte eine Resolution, die an einer Sondersitzung zum Iran verabschiedet wurde. Eine ähnliche Erklärung gab die Schweiz auch am 26. Oktober 2022 im Rahmen des dritten Ausschusses der UNO-Generalversammlung ab und verurteilte die gewalttätige Reaktion Irans bei dieser Gelegenheit öffentlich.

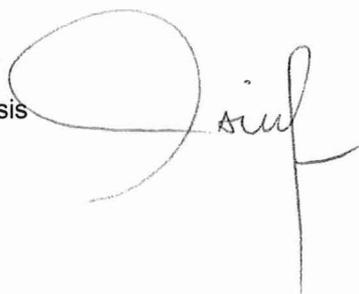
In Ihrer Resolution fordern Sie die Übernahme von Sanktionen gegen den Iran. Die Schweiz trägt seit längerem weitreichende Sanktionen der UNO und der EU gegenüber Iran mit. Am 1. November und am 8. Dezember 2022 hat der Bund die neuen EU-Sanktionen im Zusammenhang mit der Lieferung iranischer Drohnen an Russland übernommen. Hingegen hat er die Sanktionen, welche die EU im Zusammenhang mit den Protesten erlassen hat, nicht übernommen. Dieser Entscheidung wurde unter Einbezug aller innen- und aussenpolitischen Interessen der Schweiz gefällt, darunter auch mit Blick auf die Schutzmandate der Schweiz im Iran. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass sich die Schweiz auf der Basis ihrer Schutzmandate und der damit verbundenen besonderen Rolle im Verhältnis zum Iran direkt und glaubhaft für die Menschenrechte und die Stabilität in der Region einsetzen kann. Der Bundesrat ist der Meinung, dass diese Rolle gerade in der aktuellen schwierigen Lage höher zu gewichten ist als der mögliche Effekt zusätzlicher Sanktionen. Die Abwägung der Vor- und Nachteile dieser Politik gehört zu den Grundaufgaben der Aussenpolitik und ist immer wieder von neuem vorzunehmen.

Ihre Resolution weist auf die Wichtigkeit der Unterstützung der iranischen Zivilgesellschaft hin. Das EDA unterstützt im Iran seit langem konkrete Projekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft, um die Menschenrechtssituation vor Ort zu verbessern. In Zusammenarbeit mit UNICEF und dem Hochkommissariat für Menschenrechte liegt unser Schwerpunkt im Bereich der Jugendjustiz. Die Projekte zielen unter anderem darauf ab, den Zugang zur Justiz für Minderjährige zu verbessern und ein Moratorium für die Hinrichtung von Personen zu erreichen, die zum Zeitpunkt der Tat minderjährig waren. Die Schweizer Botschaft in Teheran unterstützt zudem Projekte von NGOs in den Bereichen Entwicklung, humanitäre Hilfe und menschliche Sicherheit, die der Bevölkerung in Iran zugutekommen.

Ich kann Ihnen versichern, dass sich die Schweiz weiterhin für die Einhaltung der Menschenrechte und gegen die Gewalt und die Anwendung der Todesstrafe im Iran einsetzen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Ignazio Cassis
Bundesrat

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Cassis', written over a horizontal line.